

Antwort von Reinhold Pix von der Partei die Grünen

Nun zu den Fragen:

1.) Wie stehen Sie zur Nutzung der Atomenergie, insbesondere auch zu dem geplanten Schweizer Atommüllendlager direkt an der Deutschen Grenze, am Fuße des Schwarzwaldes?

Ich fordere den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und den Umbau auf 100 % regenerative Energien. Diese Forderung begleitet meine „politische Laufbahn“ von Beginn an und schon 1986 haben wir einen Viehtrieb auf der in der Freiburger Fußgängerzone organisiert um gg. die Folgewirkungen von Tschernobyl auf die Menschen und die Umwelt und die unzureichende Informationspolitik der deutschen Behörden zu demonstrieren.

Die Endlagerung des Atommülls wird der Menschheit unabsehbare finanzielle Belastungen bringen und stellt in sich ein Risiko dar. Daher fordern wir eine auf Sicherheit gerichtete Überprüfung aller möglichen Endlagerorte – Erdbebengefährdete Gebiete sind m.E. per se ausgeschlossen.

2.) Sehen Sie in der Nutzung der Photovoltaik eine Zukunft? Wenn ja welche?
Auf den Dächern im Wahlkreis 46 sind die Photovoltaikanlagen nicht zu übersehen, selbst viele Schwarzwaldhöfe haben große Anlagen gebaut.

Photovoltaik ist selbstverständlich ein wichtiger Bestandteil der künftigen Energieversorgung. Wir setzen ohnehin auf eine Zunahme von dezentralen Anlagen. Photovoltaik ist zum einen interessant für Privathaushalte und die Höfe haben über ihre großen Dachflächen natürlich ideale Voraussetzungen. Zum anderen ist aber auch für die öffentliche Hand noch viel Platz auf ihren Gebäuden, um Photovoltaik selbst zu nutzen oder die Flächen an Dritte zur Stromerzeugung zu vergeben.

3.) Sehen Sie künftig wieder eine Heimat für die Windkraft in Baden Württemberg?
Baden Württemberg ist ja nicht nur die Wiege des Automobils, auch die Wiege der heutigen Windkraftanlagen stand in Stuttgart (Prof. Dr. Hütter 1957, TH Stuttgart), selbst die Firma Porsche baute Windkraftanlagen. Auf dem Feldberggipfel versorgte 1952 eine Windkraftanlage der Firma Allgaier, deren heutiger Chef der Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hund ist, eine Richtfunkstrecke der Bundesbahn und die Wetterstation mit Windstrom)

Ja. Die Gutachten zeigen, dass die Windkraft in Baden-Württemberg noch deutliches Wachstumspotential hat. Es gibt auch genügend Wind bei uns. Die jahrzehntelange Verhinderungspolitik durch CDU und FDP hat uns hier ins Hintertreffen gebracht. Mit neuer Technik werden die Natureingriffe durch Windkraft kleiner und die Effizienz größer. Windkraft ist ein wichtiger Bestandteil unseres Energiekonzepts.

- *Wir wollen das Landesplanungsgesetz ändern: Statt nur Vorrang- und Ausschlussgebiete für Windkraft wollen wir wie in den meisten anderen Ländern auch Vorbehaltsgebiete grundsätzlich vorsehen.*
- *Das Land (z.Zt. Wirtschaftsministerium) soll als oberste Landesplanungsbehörde die Regionalpläne für unzulässig erklärt, die nur wenige und vor allen nicht windhöfliche Gebiet als Vorranggebiete ausweisen.*
- *Wir wollen das Repowering, das Ersetzen alter Anlagen durch leistungsfähige neue am selben Standort, leichter ermöglichen.*

All dies kostet den Staat keine einzigen Euro, sondern macht Investitionen in Baden-Württemberg möglich!

4.) Was wollen Sie unternehmen, dass Forschungen in Baden-Württemberg auch den Bürgern zu Gute kommen? *Die Erforschung erneuerbarer Energietechniken in Baden Württemberg ist Spitze! Selbst im internationalen Vergleich (ZSW Vaihingen (AER, Wasserstoff, Batteriesysteme, PV), Fraunhofer ISE Freiburg (Flatcon), Karlsruhe (Bioliq)) kann Baden Württemberg mithalten.*

Forschung in regenerativen Energien hat für uns hohe Priorität. Sie fördert den technologischen Fortschritt und damit die zunehmende Effizienz und höhere Serientauglichkeit der regenerativen Energieproduktion. Das kommt den Bürgern zweifach zugute. Zum einen über die Verbesserung ihrer Energieversorgung wenn die Geräte effizienter und billiger werden. Weiter liegt in der Weiterentwicklung der Technik aber auch die Chance für zukunftsfähige Arbeitsplätze, da die Technik im Bereich regenerative Ideen sowohl bei uns als auch global auf immer höheren Bedarf stossen wird.

Daher wollen wir Forschung im Bereich regenerative Ideen wesentlich mehr unterstützen, als dies bisher der Fall war.

5.) Wie sehen Sie die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Erneuerbare Energien in Ihrem Wahlkreis 46? Welche Maßnahmen sind notwendig? *(Schulausstattung, Lehrerausbildung, Projekte)* um die Schüler und Handwerker für die solare Zukunft gut zu rüsten?

Regenerative Energien müssen selbstverständlich in den Bildungskatalog aller Schularten und damit auch in den Ausbildungs“katalog“ aller Lehrerinnen und Lehrer, gleich welcher Schulart und auch schon in der Erzieher_innenausbildung. Es gilt, schon den Kindern die Möglichkeiten der Energieversorgung, aber auch der Energieeinsparungen deutlich zu machen. Die Fächerverbünde, die in allen Schularten mittlerweile bestehen, (MeNuK, NWT, etc.) bieten hier gute Voraussetzungen. Energieversorgung sollte also nicht nur auf freiwilliger Basis an Projekttagen eine Rolle spielen, sondern im Unterricht und zwar in allen Altersstufen Thema sein. Der Materialaufwand ist in den Schulen sicher nicht besonders hoch, da die Grundprinzipien mit einfachen Versuchsanordnungen erklärbar sind. Wichtig ist die Ausbildung der Lehrer_innen und der aktive Unterricht.

Für die Handwerksbetriebe ist der konsequente und planbare Umstieg auf erneuerbare Energien wichtig. Nur bei langfristig gesicherter Förderung kommt es zu Investitionen von Privatpersonen und öffentlicher Hand. Ein inkonsequenter und unentschlossener Umstieg, wie durch die schwarzgelbe Regierung geplant, schadet dem Ausbau der erneuerbaren Energien

6.) Sehen Sie eine Vorbildfunktion für öffentliche Einrichtungen *(Kommune, Land, Bund)* in der Nutzung erneuerbarer Energien und Energiesparmaßnahmen?

Ja, selbstverständlich! Zum einen Vorbildfunktion. Zum anderen liegt aber auch eine Chance für die öffentliche Hand, insbesondere die Kommunen darin, durch Dezentralisierung der Energieversorgung und kommunale Lösungen regionale Wertschöpfung und zukunftsfähige Energieversorgung zu erreichen.

7.) Eine der größten „Energiequelle“ der Gegenwart und Zukunft ist die Energieeinsparung und effizientere Energienutzung. Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig diese Quelle besser zu nutzen?

Ausstieg aus der Atomenergie, die weder sauber, noch sicher, noch billig ist, sondern, neben vielen anderen Aspekten auch direkte und indirekte Subventionsmittel bindet. Konsequente Förderung von Ausbau erneuerbarer Energien mit Betonung der Kraft-Wärme-Kopplung, Eingang von Energieeffizienz als Leitgedanke in Bauleitplanung.

Mit dem im Jahr 2008 mit den Stimmen der grünen Landtagsfraktion verabschiedeten Erneuerbaren-Wärme-Gesetz sind Besitzer von Wohngebäuden in Baden-Württemberg seit dem 1.1.10 verpflichtet, mindestens 10% ihres Wärmebedarfs erneuerbar zu erzeugen, wenn sie ihre Heizungsanlage austauschen. Das Gesetz zielt auf Solarthermieanlagen ab. Wenn man diese auf seinem Dach nicht anbringen kann, entfällt die ganze Pflicht. Statt Wärme erneuerbar zu erzeugen, kann auch ersatzweise die Gebäudehülle stark gedämmt werden.

Wir wollen das EWärmeG ökologisch wirkungsvoller machen, indem

- *Nicht-Wohngebäude wie Büros mit einbezogen werden;*
- *sofort Wärmepumpen eine höhere Jahresarbeitszahl benötigen, um anerkannt zu werden, und langfristig die 10%-Quote für alle Heizungsarten angehoben wird;*

8.) Welche Bedeutung messen Sie dezentralen Energiekonzepten bei, insbesondere Bioenergieregionen, Bioenergiedörfern und Stadtwerke, sowie mittelständische Energieversorgern?

Eine sehr hohe angesichts der politischen und wirtschaftlichen Probleme, die durch einseitige Abhängigkeiten von Energiemonopolisten (sei es Rohstoffreiche Länder, sei es durch monopolartige Strukturen im Wettbewerb der Energiekonzerne) für die Länder entstehen. Dezentrale Strukturen bieten Sicherheit in der Energieversorgung und regionale Wertschöpfung – beides wollen wir.

9.) Wie wollen Sie, angesichts der gegenwärtigen Förderung von Großstrukturen¹ einen fairen Wettbewerb für dezentrale Energiekonzepte sicherstellen

Wir sehen in dezentralen Energiestrukturen die Zukunftssicherung. Laufzeitverlängerungen von AKWs lehnen wir ab und setzen uns für den Ausstieg ein. Bei Stromnetzen wollen wir, wo dies technisch möglich und sinnvoll ist, Erdkabelverlegung erreichen.

Durch Forschung und Weiterentwicklung sind wir schon jetzt in Bereichen, wo absehbar ist, dass erneuerbaren Energien bei fairen Wettbewerbsbedingungen nicht oder in absehbarer Zeit nicht teurer sind als die jetzigen Energiequellen, die ja oft durch Subventionierungen künstlich billig gehalten werden.

Wir setzen auf konsequente und berechenbare Förderung dezentraler Energiekonzepte, konsequente Umsetzung des EEG in seiner von uns zusammen mit der SPD eingeführten Form. Dazu kommen Dinge wie schnelle Genehmigungsverfahren, keine Behinderung der dezentralen Anlagen bei der Energieeinspeisung und konsequente Beachtung und Förderung der regenerativen Energien in der Bauleitplanung und in den Regionalplänen.

10.) Welche Speicherkonzepte favorisieren Sie?

Da erneuerbare Energien von der Witterung und der Jahreszeit abhängig sind, ist für die künftige Entwicklung eine Speicherung der solaren Energien (Sonne, Wasser, Wind, Biomasse) von entscheidender Bedeutung.

Neben Druckluftspeichern stellen auch Pumpspeicherwerke eine langjährig erprobte Technik dar, um größere Mengen an Strom kurzfristig zu speichern und bei Bedarf wieder ins Netz einzuspeisen. Unser Ziel ist es, den ökologischen Fußabdruck neuer Projekte auf ein unabdingbar notwendiges Maß zu begrenzen. Darüber hinaus setzen wir bei derartigen Vorhaben auf eine frühzeitige und umfassende Beteiligung betroffener Bürgerinnen und Bürger und Interessengruppen. Sie sollen mittels Runder Tische oder Mediationsverfahren bei Variantenprüfung und Standortsuche und den darauf aufbauenden Planungsverfahren mitwirken können. Sichergestellt werden muss ein transparentes Verfahren mit einer fairen Abwägung, aller relevanten Belange. Das sehen wir bei Atdorf bisher nicht gegeben, da wichtige Fragen der Anwohner vor Ort noch nicht befriedigend beantwortet sind (Auswirkungen auf Grundwasser und Heilquellen,

Arsengefährdung, Konflikt mit Planungskorridor A 98) Die Grünen sind aber keine Verhinderer, sondern wollen eine genaue und rechtstaatliche Abwägung der relevanten Interessen. Im Übrigen war Initiator des Protests auch ein FDP Abgeordneter vor Ort.

Die Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet neuer Speichertechnologien, etwa die Nutzung des Erdgasnetzes zur Speicherung von Ökostrom, wollen wir gezielt verstärken

11.) Welche Entwicklungschancen Sie für die Kleinwasserkraft?

Wir befürworten den Einsatz von Kleinwasserkraft für dezentrale Energiekonzepte. Wir wollen solche Anlagen fördern und die Genehmigungspraxis vereinfachen. Allerdings müssen die naturschutzrechtlichen Belange geprüft und beachtet sein (Fischwege, Naturschutz etc) Das Land muss solche Konflikte über geeignete Moderationsverfahren gezielt angehen und vor Ort klären.

12.) Welche Chancen sehen Sie in der Elektromobilität und welche Infrastrukturmaßnahmen halten Sie in Ihrem Wahlkreis für notwendig?

Elektromobilität ist ein wichtiger Teil eines neuen Mobilitätskonzepts, darf aber nicht der alleinige Teil sein. Mobilität ist nicht allein Individualverkehr, weswegen wir zunächst unbedingt Ausbau des ÖPNV auch im ländlichen Raum, starke Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene, Förderung von Car-Sharing-Modellen und deren Vernetzung mit ÖPNV, Förderung von Radverkehr und Pedelecs mit entsprechenden Stellflächen brauchen.

Natürlich muss man dann für den verbleibenden Bedarf von Elektromobilität Strom“tank“stellen auch im öffentlichen Raum planen, auf einheitliche Stromanschlussmodelle achten, und auch hier die Forschung für verbesserte Stromspeicher für Autos investieren (Batterieweiterentwicklungen) sowie Forschung für stabile, aber leichte Karosserien.

13.) Wie soll die Stromversorgung für Elektromobilität aussehen?

Atomstrom ist ausgeschlossen – wir wollen ja den schnellen Ausstieg und unsere Energieplanung schließt Atomstrom aus. Ansonsten brauchen wir Stromtankstellen unter Anbindung erneuerbarer Energie. Wichtig ist die schnelle und intensive Forschung an Stromspeichermodeellen, die bislang wegen der Betonung der Grundlastversorgung durch AKW viel zu sehr vernachlässigt wurde.

Reinhold Pix, Abgeordneter des Landtages von Baden-Württemberg, Wahlkreis Freiburg I, Wahlkreisbüro: Haslacherstr. 61, 79115 Freiburg, Telefon: 0761-71154, Fax: 0761-75405, E-Mail: buero@reinhold-pix.de, Website: www.reinhold-pix.de